

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dagmar Schmidt (Meschede),
Dr. Christoph Zöpel, Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 13/7538 —**

Israel und die deutsch-palästinensische Entwicklungszusammenarbeit

Die erfolgreiche Fortführung des Nahost-Friedensprozesses hängt auch von der positiven wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den palästinensischen Autonomiegebieten ab. Deren Entwicklungszusammenarbeit u. a. mit der Bundesrepublik Deutschland trägt dazu bei. Sie wird jedoch durch die wiederholte Abriegelung der Gebiete sowie andere Behinderungen und Beschränkungen beeinträchtigt. Nach palästinensischen Angaben sollen die wirtschaftlichen Verluste, die den Gebieten durch die Grenzsicherungen entstehen, nahezu den jährlichen Zuflüssen an Entwicklungshilfe entsprechen.

Ein Indiz dafür könnte der verlangsamte Abfluß der bereitgestellten Finanzmittel sein. Während 1995 von den internationalen Zusagen in Höhe von 621 Mio. US-\$ 486 Mio. US-\$, d. h. 78,3 %, abflossen, wurden von den für 1996 zugesagten Mitteln in Höhe von 836 Mio. US-\$ nur 414 Mio. US-\$ (49,5 %) ausgezahlt. Von den insgesamt 75 Mio. DM, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) seit 1994 für die palästinensischen Gebiete zugesagt wurden, flossen lediglich 8,78 Mio. DM (11,7 %) ab.

Vorbemerkungen

Terrorakte radikaler Palästinenser und die darauf folgenden Abriegelungen der Westbank von Israel und Ostjerusalem und des Gazastreifens von der Außenwelt einschließlich der Westbank, sowie die israelische Siedlungspolitik, haben die palästinensische politische, ökonomische, soziale und Menschenrechtsentwicklung stark negativ beeinflusst. Die wirtschaftlichen Schäden, insbesondere für die Palästinensischen Gebiete, aber auch für Israel und Jordanien sind beträchtlich. Statistische Angaben zur Höhe der Schäden zu machen, ist der Bundesregierung nicht möglich.

Von den Behinderungen und Beschränkungen der Reise- und Personenbewegungsmöglichkeiten und des freien Warenflusses

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 13. Mai 1997 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

waren und sind auch die Entwicklungszusammenarbeit aller Geber mit den Palästinensischen Gebieten negativ betroffen.

Der von 1995 auf 1996 verlangsamte Abfluß der international bereitgestellten Finanzmittel ist nur z. T. auf die Abriegelung der Palästinensischen Gebiete zurückzuführen. Der Hauptgrund liegt in der Änderung der Zweckbestimmung und Qualität der bereitgestellten Mittel. Während 1994/1995 international Finanzmittel in beträchtlicher Höhe als Budgetzuschüsse gewährt wurden, handelte es sich in 1996 vorwiegend um projektgebundene Kreditzusagen, darunter allein um 250 Mio. ECU EIB-Mittel, von denen bisher kein ECU abfließen konnte. Dieser Grund erklärt auch, warum von der von Deutschland bilateral gewährten FZ nur ein vergleichsweise kleiner Betrag per Ende 1996 abgeflossen war, denn die bilaterale FZ wurde von vornherein in Form von Projekthilfe geleistet. Mit einem Anteil von 30 % an der EU-Hilfe hat der Bund aber aktiv einen sehr bedeutenden Beitrag zum Holst-Fund und zum palästinensischen Budget geleistet.

Da eine projektweise Statistik zum jetzigen Zeitpunkt nur mit unververtretbarem personellen und zeitlichen Aufwand erstellt werden konnte, werden Zusagen und Abflüsse jeweils zum Jahresende bzw. im Jahresvergleich wiedergegeben.

1. Welche deutschen Entwicklungsprojekte gibt es seit 1993 in den palästinensischen Autonomiegebieten?

Gibt es Projekte, die wegen der Abriegelung der Gebiete oder anderer Behinderungen oder Beschränkungen verzögert oder verhindert werden?

2. Auf welche Höhe belaufen sich die deutschen Zahlungsverpflichtungen für die palästinensischen Autonomiegebiete, und wie hoch waren die Auszahlungen für die jeweiligen Projekte?

Auf welche Höhe belaufen sich die in den palästinensischen Gebieten durchgeführten und geplanten Projekte, die erstmals im Rahmen der Regionalverwendung der bisherigen finanziellen Zusammenarbeit mit Israel gefördert werden?

Wie hoch ist der jeweilige Anteil der bereits abgeflossenen Mittel?

Da sich die Fragen 1 und 2 teilweise überschneiden werden sie zusammen in der folgenden Übersicht beantwortet.

I. EZ der Bundesrepublik Deutschland

1. Zusagen

		kumuliert bis Ende 1995 (in Mio. DM)	1993 in Mio. DM	1994 in Mio. DM	1995 in Mio. DM	1996 in Mio. DM	1997 in Mio. DM
1.	Technische Zusammenarbeit im engeren Sinne ¹⁾	84,5	10,0	18,5	10,0	12,6	15,0
2.	Finanzielle Zusammenarbeit ²⁾	45,5	–	20,5	25,0 ³⁾	15,0	15,0
	bilateral	–	–	–	–	25,0	40,0
	regional	–	–	–	–	–	–
3.	Technische Zusammenarbeit im weiteren Sinne ⁴⁾	105,4	?	25,9	11,8	10,7	noch offen
4.	Zusammenarbeit mit UNRWA ⁵⁾ und UNICEF	113,9	?	13,3	15,1	12,2	noch offen
	Zwischensumme	349,3		78,2	61,9	75,5	offen
5.	Deutscher Anteil an EU-Zusagen ⁶⁾	401,1	?	76,7	77,8	67,4	offen
	Gesamtsumme	750,4		154,9	139,7	142,9	offen

1) Durchführung Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.

2) Durchführung Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW oder Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, DEG.

3) Davon wurden 5 Mio. DM im Vorgriff auf 1996 zugesagt.

4) Projekte von Kirchen, politischen Stiftungen, halbstaatlichen und privaten Trägern.

5) Die Zusagen für UNRWA erfolgen aus Haushaltstiteln des AA und des BMZ für Syrien, Jordanien, Libanon und Palästinensischen Gebiete insgesamt.

6) Der deutsche Anteil an Maßnahmen aus EU-Haushaltsmitteln beträgt ca. 28 %.

2. Auszahlungen

Aus den o. g. Zusagen der Projektkategorien 1–4 ergibt sich folgender Auszahlungsstrom:

1993	ca. 10 Mio. DM
1994	ca. 20 Mio. DM
1995	ca. 45 Mio. DM
1996	ca. 55 Mio. DM

Hinzu kommen die Auszahlungen der EU.

II. Zusagen anderer Geber

Gesamtzusagen aller Geber: ca. 2,5 Mrd. US-\$ für 1994–1998

davon: EU (ohne MS): 600 Mio. US-\$ (1994–98)
USA: 500 Mio. US-\$ (1994–98)
Japan: 200 Mio. US-\$ (1994/95)
Saudi-Arabien: 200 Mio. US-\$ (1994/95)
Weltbank: 230 Mio. US-\$ (1994–97)

EU-Projekte: Abwasser/Abfallentsorgung, Wohnungs-/Schulbau, Kreditprogramme, Trägerförderung, Aufbau von Verwaltungsstrukturen, Finanzierung laufender Kosten der Verwaltung.

III. Projekte der bilateralen Zusammenarbeit Wasser/Abwasser/Abfall

1. Abwasserentsorgung Bethlehem
(TZ, seit 1990, ca. 17,3 Mio. DM, davon 1996 1,0 Mio. DM)
Bauarbeiten zur Erstellung des Abwassersystems, Lieferung von Material, Beratung und Trägerförderung.
2. Kläranlage Al-Bireh
(FZ-Regionalmittel, Zusage 1996: 19,0 Mio. DM)
Bau eines Zentralkläwerkes, Bau einer Pipeline zur Überleitung des gereinigten Abwassers aus dem natürlichen Vorfluter in ein ökologisch weniger sensibles Nachbartal und Bau eines Speicherbeckens.
3. Abwasserreinigung Al-Bireh
(TZ, seit 1993, ca. 6,7 Mio. DM)
Trägerförderung und Entwicklung eines Konzepts zur landwirtschaftlichen Abwasser- und Schlammverwertung (Verbundmaßnahme zum FZ-Projekt).
4. Wasserver- und Abwasserentsorgung Nablus
(TZ, seit 1993, ca. 8,6 Mio. DM, davon 1996 0,9 Mio. DM)
Bohrung von zwei Brunnen, Verbesserung der Effizienz der Stadtverwaltung im Bereich des Wassermanagements und der Finanzverwaltung, Erstellung eines Generalentwässerungsplans.
5. Wasserversorgung Ramallah
(TZ, seit 1994, ca. 7,3 Mio. DM)
Brunnenbohrung, Errichtung einer Verbindungsleitung zum bestehenden Netz, Verbesserung der Effizienz der Stadtverwaltung im Bereich des Wassermanagements.
6. Abwasserentsorgung Salfeet
(FZ, seit 1995, 10,0 Mio. DM)
Bau des Kanalnetzes sowie einer Kläranlage, Trägerförderung.
7. Wasserversorgung Hebron
(FZ-Regionalmittel, Zusage 1996: 11,0 Mio. DM, davon Vorgriffszusage in Höhe von 5,0 Mio. DM Ende 1995 und 2,4 Mio. DM aus dem SSF-NMO)
Bau von zwei Brunnen und einer Zuleitung zum bestehenden Verteilungssystem.
8. Trägerförderung Wasserversorgung Hebron
(TZ, Zusage 1996: 2,5 Mio. DM)
Verbundmaßnahme zu FZ-Projekt, noch in Vorbereitung.
9. Abfallentsorgung (TZ)
 - im Gazastreifen (seit 1994, ca. 10,0 Mio. DM, davon 1996 3,0 Mio. DM),
Aufbau eines Abfallentsorgungssystems im mittleren Drittel des Gazastreifens,
 - für Westbank und Gazastreifen (seit 1995, 1,0 Mio. DM)
Beratung der Palestinian Authority bei der Setzung und der Überwachung des rechtlichen Rahmens im Bereich der Abfallentsorgung.

Bildungssektor

10. Gewerbeschule Beit Hanina
(TZ, mit Unterbrechungen seit 1964, ca. 10,9 Mio. DM)
Ausbau der Ausbildungsstätte für Facharbeiter und Handwerker.
11. Polytechnikum Hebron
(TZ, seit 1984, ca. 3,5 Mio. DM)
Langzeitstipendien für Ausbilder, Materiallieferungen für die Ausbildung in den Bereichen Blech- und Metallbau, Automechanik und -elektronik, Kälteanlagenbau, Fertigungs- und Produktionstechnik.
12. Ausbau der Schule in Abuna Jalil Awad
(TZ, in Vorbereitung, ca. 0,5 Mio. DM)
13. Bau einer Schule im Gazastreifen: Kofinanzierung mit der Rudolf Walther Stiftung, Hessen (1996, 0,61 Mio. DM).

Institutionenförderung

14. Unterstützung des palästinensischen Statistikbüros
(TZ, seit 1994, 4,3 Mio. DM)
Unterstützung des PCBS beim Aufbau eines Wirtschaftstatistiksystems.
15. Beratung von PEC DAR (Palestinian Council for Economic Development and Reconstruction, TZ, seit 1994, 1,4 Mio. DM)
Entsendung eines Langzeitexperten (2 Jahre) für den Bereich der Koordinierung der Aufbauhilfen, Trainingsmaßnahmen.

Sonstige Projekte

16. Unterstützung der Landwirtschaft in der Westbank
(TZ, seit 1992, 2,0 Mio. DM)
Gewährung eines Finanzierungsbeitrags an die Agricultural Cooperative Union (ACU) zur Einrichtung eines revolvingenden Kreditfonds für Kleinbauern in der Westbank.
17. Studien- und Fachkräftefonds
(TZ, seit 1988, 6,7 Mio. DM)
Entsendung von Kurzzeitfachkräften, Anfertigung von Gutachten und Studien, kleinere Materiallieferungen (u. a. 2 Schlammsaugwagen für Khan Younis, 1 Müllfahrzeug für Al-Bireh, 1 Notstromaggregat für das Krankenhaus in Jericho).
18. FZ-Studien- und Fachkräftefonds
(FZ, seit 1996, 1,0 Mio. DM)
Finanzierung von Studien zur Vorbereitung von FZ-Projekten
19. FZ-Studien- und Fachkräftefonds Naher und Mittlerer Osten
(FZ, 5,0 Mio. DM für Palästinensische Gebiete und Jordanien)
Finanzierung von Studien zur Vorbereitung von Maßnahmen des Regionalprogramms.
20. Beschäftigungsintensives Sofortprogramm
(TZ, seit 1995, 5,0 Mio. DM)
Programm mit dem Ziel, kurzfristig Arbeitsplätze und damit Einkommen zu schaffen.

- Bau von 3 Grundschulen im Gazastreifen,
 - Bau einer Markthalle in Jericho,
21. Beschäftigungsprogramm
(FZ, 9,0 Mio. DM)
Gleiches Ziel wie 20; Maßnahmen im Bereich von Schulbauten und Rehabilitierungen von Schulen und Kindergärten.
22. Arab Palestine Investment Bank
(FZ, 1994, 10,5 Mio. DM)
DEG-Beteiligung und Darlehen an der Arab Palestine Investment Bank, einer neu zu gründenden Geschäftsbank für Unternehmens- und Investitionsfinanzierungen.
23. Tourismusförderung
(TZ, in Vorbereitung, Zusage 1996: 2,6 Mio. DM)
24. Fonds zur Unterstützung palästinensischer NGO's
(TZ, in Vorbereitung, 1996, 2,0 Mio. DM)
25. Warenhilfe I
(FZ, seit 1995, 10,0 Mio. DM)
Warenhilfe zur Finanzierung von zivilen Beschaffungen der Palestinian Authority.
26. Warenhilfe II
(FZ, Zusage 1996: 15,0 Mio. DM)
Ausrüstung für den Flughafen Gaza.
27. Warenhilfe III
(FZ-Regionalmittel, Zusage 1996: 2,4 Mio. DM)
Ausstattung für das europäische Krankenhaus im südlichen Gaza-Streifen.
- IV. Übersicht der Technischen Zusammenarbeit im weiteren Sinne (wichtigste Zusagen 1994–1996 aus dem BMZ-Haushalt, Durchführung bei dem jeweils genannten Träger)
- | | |
|---|---------------|
| 1. Politische Stiftungen | 9 026 000 DM |
| 2. Kirchen | 12 313 000 DM |
| 3. Carl-Duisberg-Gesellschaft | 4 698 400 DM |
| (Ausbildungsmaßnahmen im Bereich Wasser/ Abfall und Förderung der Privatwirtschaft, Durchführung 1995 und Ausbildungsmaßnahmen im Rahmen des Teilprojektes Wasserver- und Abwasserentsorgung) | |
| 4. Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) | 1 010 000 DM |
| (Ausbildungsmaßnahmen für die palästinensische Verwaltung, vor Ort und in D, bisher wurden 15 Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt, Anschlußprogramm 1996 und 1997 vorgesehen) | |
| 5. Otto-Benecke-Stiftung | 6 350 000 DM |
| (Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für zurückgekehrte Flüchtlinge, aus israelischer Haft freigelassene Gefangene und arbeitslose Jugendliche im Gazastreifen) | |
| 6. Deutsche Ausgleichsbank | 10 000 000 DM |
| (Darlehensprogramm zur Unterstützung von Existenzgründungen von Rückkehrern aus Deutschland in die Palästinensische Gebiete) | |

- | | | |
|----|--|--------------|
| 7. | Deutsche Welle
(Journalistenausbildung, 1994 durchgeführt) | 58 000 DM |
| 8. | Stiftung für Wirtschaftliche Entwicklung und
Berufliche Qualifizierung (SEQUA)
(Partnerschaftsprogramm der HWK Köln mit
palästinensischen Handwerkskammern) | 2 150 000 DM |

Fast alle Projekte wurden direkt oder indirekt von den Abriegelungen betroffen.

3. Was hält die Bundesregierung von Überlegungen, israelisch-arabische Koexistenz-Projekte im zwischenmenschlichen Bereich zum Abbau von Vorurteilen und Aggressionen aus dem Regionalfonds zu fördern?

Die Bundesregierung fördert im Rahmen der Regionalmittel, aber auch der TZ im weiteren Sinne eine ganze Reihe von Entwicklungsmaßnahmen, die im zwischenmenschlichen Bereich zum Abbau von Vorurteilen und Aggressionen beitragen.

4. Mit welchen Projekten trägt die Bundesregierung im Rahmen der Armutsbekämpfung in den palästinensischen Autonomiegebieten zur Stärkung von Frauen bei, und wie gedenkt sie, diesen Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auszudehnen?

Das Sofortprogramm zum Bau von Grundschulen und Kindergärten im Gazastreifen und der Westbank leistet einen gezielten Beitrag zur Entlastung von Müttern und zur Einschulung von Mädchen.

Mehrere Programme der TZ im weiteren Sinn wenden sich besonders an Frauen. Von dem in 1996 geschaffenen Fonds für palästinensische Nichtregierungsorganisationen sollen neben Menschenrechts- und Umwelt- besonders Frauenprojekte gefördert werden.

5. Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß die Freizügigkeit der palästinensischen Bevölkerung durch den Bau von weiteren Transitstrecken zwischen der Westbank und dem Gazastreifen ausgedehnt wird?

Die Bundesregierung hat sich wiederholt für den freien Personen- und Güterverkehr über Transitwege zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen eingesetzt. Wichtig wäre die Umsetzung der in den Interimsabkommen dazu getroffenen Vereinbarungen.

6. Welche deutschen oder anderen internationalen Projekte wurden entwickelt, um die Versorgung mit Trinkwasser und die Verbesserung der Trinkwasserqualität vor allem im Gazastreifen, wo die Bevölkerung besonders unter der Versalzung des Grundwassers leidet, zu erreichen?

Die Bundesregierung hat durch die Schaffung einer Verbandsgemeinschaft von 13 Kommunen im mittleren Gazastreifen zur

Sammlung und ökologisch vertretbaren Lagerung des Mülls (übrigens die erste vorbildliche Mülldeponie im ganzen Orient!) zum Stopp der Grundwasserkontamination im Gazastreifen einen wichtigen Beitrag geleistet. Eine Zusage, eine gleichartige Müllverbandsgemeinschaft für Kommunen im nördlichen Teil des Gazastreifens einzurichten und zu fördern wurde in diesem Jahr gegeben.

Die Bundesregierung beabsichtigt darüber hinaus, sich an der Finanzierung einer Kläranlage für die Stadt Gaza zu beteiligen, wenn die von Frankreich finanzierte Studie, die Ende 1997 dazu vorliegen soll, die Feasibility nachweist.

Die meisten großen Geber leisten direkt oder indirekt begrenzte Beiträge zur Verbesserung der sehr schlechten Trinkwasserversorgung der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen.

Eine durchgreifende und nachhaltige Verbesserung dieser miserablen Situation setzt aber voraus, daß die Palästinensischen Behörden die unkontrollierte und übermäßige Grundwasserentnahme im Gazastreifen gesetzlich und faktisch untersagt und eine Absprache zwischen israelischer Regierung und Palästinensern zur Abgabe von Trinkwasser aus der israelischen „Nationalen Wasserleitung“, die bereits bis zum Gazastreifen reicht, getroffen wird.

7. Gibt es internationale politische Bemühungen, eine stärker diversifizierte Ausrichtung der palästinensischen Wirtschaft zu fördern?
Welche Beiträge leistet die Bundesregierung zu diesem Prozeß?

Ja. Die Bundesregierung trägt über die EU und bilateral z. B. über die Sequa und den DIHT dazu bei.

8. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Warenaustausch der palästinensischen Gebiete mit der EU und den arabischen Nachbarstaaten langfristig zu verbessern und zu intensivieren?

Es wird auf die detaillierten Kooperationsvereinbarungen, die zuständigerweise zwischen der EU und der Palästinensischen Autonomiebehörde kürzlich geschlossen wurden, verwiesen.

9. Sieht die Bundesregierung Verzögerungen beim Bau des Seehafens sowie des internationalen Flughafens in Gaza trotz der internationalen Hilfe für diese Projekte?

Der Flughafen Gaza ist trotz der Grenzsicherungen erstaunlich schnell im Rohbau fertiggestellt worden. Die Bundesregierung rechnet damit, daß nach Abschluß der Ausrüstungsarbeiten der Flughafen seinen Betrieb aufnehmen wird, sobald die israelische Regierung und die Palästinenser Einigung über die noch offenen Sicherheitsfragen erzielt haben.

Der Bau des Seehafens konnte bisher wegen Abstimmungsschwierigkeiten noch nicht vorangetrieben werden.

10. Gibt es Bemühungen der Bundesregierung, um die vereinbarten Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit fristgerecht zu verwirklichen und Stillstand zu vermeiden?

Ja.

11. Sind der Bundesregierung Behinderungen oder Beschränkungen seitens israelischer Behörden bekannt, die die Arbeit deutscher Experten sowie deutscher und internationaler Hilfsorganisationen in den palästinensischen Gebieten nachteilig beeinflussen?

Ja.

12. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Anreize für private deutsche Investoren in den palästinensischen Autonomiegebieten zu schaffen?

Die Bundesregierung hat u. a. der Palästinensischen Autonomiebehörde ein Investitionsförderungsabkommen vorgeschlagen, das positiv aufgenommen wurde. Die DEG hat sich in Höhe von 10,5 Mio. DM an der neu geschaffenen Entwicklungsbank APIB (Arab-Palestinian Investment Bank) am Eigenkapital und mit einem Darlehen beteiligt.

13. Wie berät die Bundesregierung deutsche Kommunen und beteiligte Nichtregierungsorganisationen bei der Suche nach israelischen Städtepartnerschaften?
Wie beurteilt die Bundesregierung eventuelle Städtepartnerschaften mit israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten?
Wie wirken sich Städtepartnerschaften auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Palästinensern aus?

Die Bundesregierung begrüßt deutsche Städtepartnerschaften mit israelischen und palästinensischen Städten und Gemeinden.

Im übrigen liegt die Zuständigkeit dafür bei den Ländern und dem Deutschen Städte- bzw. Gemeindetag.

